

Schriftlicher Bericht

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1422

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Drs. 18/1547

Berichterstattung: Abg. Karl Heinz Hausmann (SPD)

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt dem Landtag in der Drucksache 18/1547, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Beschlussempfehlung kam mit den Stimmen aller Ausschussmitglieder zustande. Der mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen stimmte mit dem gleichen Ergebnis ab.

Gegenstand des sogleich an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurfs ist im Wesentlichen eine Übertragung von Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit den beiden EU-Fonds von der Freien Hansestadt Bremen auf das Land Niedersachsen und die Regelung der Kostenerstattung. Dabei soll der jetzige Staatsvertrag den weitgehend entsprechenden Staatsvertrag vom 18./25. Oktober 2010 mit Wirkung vom 1. Januar 2016 ersetzen, insbesondere um eine rückwirkende Anpassung der Kostenerstattung zu ermöglichen.

Der Staatsvertrag und das Zustimmungsgesetz waren in den Ausschüssen unstrittig, eine Aussprache ergab sich nicht.